

LANDESARBEITSGERICHT  
NIEDERSACHSEN



RA	EINGEGANGEN	15.06.2015
SB	09. JUNI 2015	15.06.2015
	Karsten Beinhorn Rechtsanwalt	15.06.2015
DA		15.06.2015

PROTOKOLL

öffentliche Sitzung der 17. Kammer  
- Anhörung der Beteiligten -  
17 Oa 1/14

Hannover, den 3. Juni 2015

Gegenwärtig:  
Vorsitzende Richterin am Landesarbeitsgericht  
Knauß  
ehrenamtlicher Richter Herr Estorf  
ehrenamtlicher Richter Herr Baake  
Gerichtsangestellte Kashani-Moghadam  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

In dem Verfahren

1.

[REDACTED]

1. a)

[REDACTED]

1. b)

[REDACTED]

Proz.-Bev.:

zu 1-1b): Rechtsanwalt Karsten Beinhorn, Hospitalstr. 35, 37073 Göttingen

2.

[REDACTED]

Proz.-Bev.:

zu 2: [REDACTED]

3.

[REDACTED]

Proz.-Bev.:

zu 3: 

gegen

4.

Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, vertreten durch Herrn Minister Olaf Lies, Friedrichswall 1, 30159 Hannover

Proz.-Bev.:

zu 4: Rechtsanwälte Dr. Karoff pp., Berliner Allee 14, 30175 Hannover

5.

Deutsche Rentenversicherung Bund, Ruhrstraße 2, 10704 Berlin

6.



Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten - NGG - Landesbezirk Nord, Haubachstraße 76, 22765 Hamburg

7.

DEHOGA Niedersachsen der Unternehmensverband des Gastgewerbes, Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e. V., Yorckstr. 3, 30161 Hannover

beteiligte Antragsgegner,

erscheinen bei Aufruf:

1. für die Antragsteller und Beteiligten zu 1 – 1b) Rechtsanwalt Beinhorn
2. für die Antragstellerin und Beteiligte zu 2) Rechtsanwalt 
3. für die Antragstellerin und Beteiligte zu 3) Rechtsanwalt 
4. für den Beteiligten zu 4) Rechtsanwältin Möhring mit Herrn Ministerialrat Kohlmeier, der Vollmacht überreicht
5. für die Beteiligte zu 5) niemand
6. für die Beteiligte zu 6) Referatsleiter Soost, der Vollmacht überreicht
7. für den Beteiligten zu 7) Geschäftsführer Balke

Der Vertreter der Beteiligten zu 2) erklärt: Ich nehme hiermit den Antrag zum Verfahren 17 BVL 1 /15 zurück.

Der Vertreter der Beteiligten zu 3) erklärt: Ich nehme hiermit den Antrag zum Verfahren 17 Oa 2/14 zurück.

Den Beteiligten wird mitgeteilt, dass die Kammer die Verwaltungsgerichtakten des Verwaltungsgerichts Hannover, Az 11.A 2498/12 sowie die Sozialgerichtsakten des Sozialgerichts Hildesheim, Az S 28 R 227/14 und S 41 R 276/13 beigezogen hat.

Die Beteiligten zu 1) bis 3) stellen im Wege der subjektiven Antragshäufung den Antrag aus der Antragschrift der Beteiligten zu 1 - 1b) mit der Maßgabe, dass der Tarifvertrag vom 17.05.2010 gemeint ist.

Die Abschriften des Schriftsatzes des Beteiligten zu 7) vom 02.06.2015 sowie Schriftsatz der Beteiligten zu 1 - 1b) vom 27.5.2015 und das gerichtliche Schreiben vom 01.06.2015 werden den Beteiligten überreicht.

Das beteiligte Ministerium, Beteiligter zu 4) beantragt, den Antrag zurückzuweisen.

Die Beteiligten zu 6) und 7) schließen sich dem an.

**b. u. v.**

Eine Entscheidung wird am Schluss der Sitzung verkündet.

Nach geheimer Kammerberatung und Wiederaufruf der Sache verkündet die Vorsitzende im Beisein der Beisitzer und der Vertreter der Beteiligten zu 1 – 1b), 2) und 3) folgenden

**B e s c h l u s s**

**I M N A M E N D E S V O L K E S**

Es wird festgestellt, dass die Allgemeinverbindlicherklärung<sup>3</sup> des niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr vom 07. November 2011 betreffend den zwischen dem DEHOGA Landesverband Niedersachsen im DEHOGA e.V. und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Landesbezirk Nord abgeschlossene Entgelttarifvertrag für das Hotel- und Gaststättengewerbe in Niedersachsen vom 17. Mai 2010, bekannt gemacht im Bundesanzeiger vom 30.11.2011 (S. 4248), unwirksam ist.

Die Rechtsbeschwerde wird nicht zugelassen.

Die Vorsitzende erläutert die wesentlichen Entscheidungsgründe.

Knauß

\_\_\_\_\_  
- Vorsitzende -

Kashani-Moghadam

\_\_\_\_\_  
- Protokollführerin -